

Teil I

1951	Ausgegeben zu Bonn am 25. Juli 1951	Nr. 34
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
21. 7. 51	Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung für das Getreidewirtschaftsjahr 1951/52 und über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft	451
21. 7. 51	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Groß-Berlin (West)	462
18. 7. 51	Verordnung über den Warenverkehr mit den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) — Interzonenhandelsverordnung —	463

Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung für das Getreidewirtschaftsjahr 1951/52 und über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft.

Vom 21. Juli 1951.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Abschnitt I

Preise

§ 1

Weitergeltung der Preise

Die durch Verordnung PR Nr. 11/51 vom 16. März 1951 (Bundesanzeiger Nr. 55 vom 20. März 1951) festgesetzten Getreidepreise gelten auch für die Zeit vom 22. bis 31. Juli 1951.

§ 2

Brotgetreide

(1) Für Brotgetreide (Roggen, Weizen) inländischer Erzeugung werden für die Monate August 1951 bis Juni 1952 folgende Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm frei Erzeugerstation festgesetzt, deren Mindestbeträge nicht unterschritten und deren Höchstbeträge nicht überschritten werden dürfen:

I. Roggen

Preisgebiet	R I	R II	R III	R IV
August	361—381	365—385	367—387	369—389
September	363—383	367—387	369—389	371—391
Oktober	365—385	369—389	371—391	373—393
November	367—387	371—391	373—393	375—395
Dezember	369—389	373—393	375—395	377—397
Januar	371—391	375—395	377—397	379—399
Februar	373—393	377—397	379—399	381—401
März	375—395	379—399	381—401	383—403
April	375—395	379—399	381—401	383—403
Mai	375—395	379—399	381—401	383—403
Juni	375—395	379—399	381—401	383—403

II. Weizen

Preisgebiet	W I	W II	W III	W IV
August	401—421	405—425	407—427	409—429
September	403—423	407—427	409—429	411—431
Oktober	405—425	409—429	411—431	413—433
November	407—427	411—431	413—433	415—435
Dezember	409—429	413—433	415—435	417—437
Januar	411—431	415—435	417—437	419—439
Februar	413—433	417—437	419—439	421—441
März	415—435	419—439	421—441	423—443
April	415—435	419—439	421—441	423—443
Mai	415—435	419—439	421—441	423—443
Juni	415—435	419—439	421—441	423—443

(2) Als Weizen im Sinne dieses Gesetzes gilt auch Spelz (Dinkel, Fesen) mit der Maßgabe, daß sich die für Weizen festgesetzten Preise bei gegerbtem Spelz um 10 vom Hundert erhöhen, bei ungegerbtem Spelz um 25 vom Hundert ermäßigen.

(3) Der Preis für Menggetreide und Mischfrucht darf die Mindestbeträge nicht unterschreiten und die Höchstbeträge nicht überschreiten, die sich unter Zugrundelegung der Preise des Absatzes 1 nach dem Mischungsverhältnis ergeben.

(4) Die Preisgebieteinteilung ergibt sich aus der Anlage. Sie wird von einer Änderung der Länder oder der staatlichen Verwaltungsbezirke nicht berührt. Zur Vermeidung von Ungleichheiten und Härten, die sich bei der Durchführung ergeben, kann der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft die Preisgebiete durch Rechtsverordnung anderweitig festsetzen.

§ 3

Futter- und Industriegetreide

(1) Für Futter- und Industriegetreide inländischer Erzeugung werden folgende Erzeugerpreise in

Deutscher Mark je tausend Kilogramm frei Erzeugerstation festgesetzt, deren Mindestbeträge nicht unterschritten und deren Höchstbeträge nicht überschritten werden dürfen:

Futtergerste	355—375
Futterhafer	355—375
Industriegerste	375—395
Industriehafer	375—395.

(2) Diese Preise bilden gleichzeitig die Grundlage für die Festsetzung der Abgabepreise der Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel.

§ 4

Beschaffenheit des Getreides

Die Preise der §§ 2 und 3 gelten für gesundes, trockenes Getreide von durchschnittlicher Beschaffenheit. Für Getreide besserer oder geringerer Beschaffenheit erhöhen oder mindern sie sich entsprechend. Das Nähere regelt der Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung.

§ 5

Malzgerste

(1) Für Malzgerste inländischer Erzeugung wird ein Erzeugergrundpreis je tausend Kilogramm für Erzeugerstation festgesetzt, der 415 Deutsche Mark nicht unterschreiten und 435 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

(2) Für Malzgerste von besonders guter Beschaffenheit (feinste Sorten) kann ein der besonderen Beschaffenheit und dem tatsächlichen Mehrwert entsprechender Zuschlag je tausend Kilogramm

bei feiner Malzgerste	bis zu 10 Deutsche Mark
bei Ausstichgerste	bis zu 20 Deutsche Mark

berechnet werden. Das Nähere regelt der Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung.

§ 6

Saatgetreide

(1) Für anerkanntes Hochzuchtsaatgut von Getreide darf der Abgabepreis des Züchters

für Winterroggen einen Grundpreis von	390 Deutsche Mark
zuzüglich eines Zuschlages von höchstens	170 Deutsche Mark,
für Sommerroggen einen Grundpreis von	390 Deutsche Mark
zuzüglich eines Zuschlages von höchstens	220 Deutsche Mark,
für Liho-Futterroggen einen Grundpreis von	390 Deutsche Mark
zuzüglich eines Zuschlages von höchstens	240 Deutsche Mark,
für Weizen einen Grundpreis von	430 Deutsche Mark
zuzüglich eines Zuschlages von höchstens	150 Deutsche Mark,
für Gerste einen Grundpreis von	430 Deutsche Mark
zuzüglich eines Zuschlages von höchstens	150 Deutsche Mark,

für Hafer einen Grundpreis von
390 Deutsche Mark
zuzüglich eines Zuschlages von höchstens
170 Deutsche Mark

je tausend Kilogramm nicht übersteigen.

(2) Soweit Handelssaatgut von Getreide nach der Verordnung über den Verkehr mit landwirtschaftlichem Saatgut und mit Gemüsesaatgut vom 2. Februar 1951 (Bundesanzeiger Nr. 33 vom 16. Februar 1951) zugelassen wird, darf für die Herrichtung des Saatgutes

bei Winterroggen zu einem Grundpreis von	390 Deutsche Mark
ein Zuschlag von höchstens	35 Deutsche Mark,
bei Sommerroggen zu einem Grundpreis von	390 Deutsche Mark
ein Zuschlag von höchstens	40 Deutsche Mark,
bei Weizen zu einem Grundpreis von	430 Deutsche Mark
ein Zuschlag von höchstens	35 Deutsche Mark,
bei Gerste zu einem Grundpreis von	430 Deutsche Mark
ein Zuschlag von höchstens	35 Deutsche Mark,
bei Hafer zu einem Grundpreis von	390 Deutsche Mark
ein Zuschlag von höchstens	40 Deutsche Mark

je tausend Kilogramm berechnet werden.

(3) Die Preise des Absatzes 1 gelten frei Versandstation des Vermehrungsbetriebes, die des Absatzes 2 frei Versandstation des Verkäufers.

(4) Für Saatgetreide, das zu anderen als Saatzwecken abgegeben oder erworben wird, gelten die Preise für die jeweilige Verwendungsart, sofern der Bundesminister nicht im Einzelfall etwas anderes bestimmt.

§ 7

Zahlungs- und Lieferungsbedingungen

Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung Bestimmungen über Zahlungs- und Lieferungsbedingungen erlassen. Bis zum Erlaß dieser Bestimmungen gelten die bisherigen Vorschriften.

Abschnitt II

Besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft

§ 8

Schlußschein, Anbieterspflicht, Auflagen

Zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung kann die Bundesregierung

1. durch Rechtsverordnung vorschreiben, daß für jeden Verkauf von Roggen, Weizen oder Gemenge von Roggen und Weizen, von Gerste,

Hafer und Futtermenggetreide ein Schlußschein vom Käufer auszustellen ist. Der Bundesminister erläßt Vorschriften über die Ausstellung, Form und Inhalt des Schlußscheins sowie über die Anzahl der Ausfertigungen und deren Verbleib;

2. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung vorschreiben, daß und inwieweit in Verkehr gebrachte Erzeugnisse der in Nr. 1 genannten Art in verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand den vom Bundesminister zu bestimmenden Betrieben oder Stellen zum Kauf anzubieten sind. Der Bundesminister ist zur Bestimmung der Betriebe oder Stellen, denen die genannten Erzeugnisse zum Kauf anzubieten sind, durch Verfügung nur ermächtigt, wenn sich die Auswirkungen der Bestimmung auf mehr als ein Land erstrecken; andernfalls erfolgt diese Verfügung durch die Oberste Landesbehörde für Ernährung und Landwirtschaft (Oberste Landesbehörde);
3. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung für den Bezug der in Nr. 1 genannten Erzeugnisse durch gewerbliche Unternehmen, für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung Auflagen erteilen. Die Bundesregierung kann diese Auflagen auch durch Verfügung erteilen, sofern eine übergeordnete Regelung erforderlich ist; andernfalls erfolgt diese Verfügung durch die Oberste Landesbehörde.

§ 9

Verwendungszweck

Zur Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit Futtermitteln im Sinne des Futtermittelgesetzes vom 22. Dezember 1926 (Reichsgesetzbl. I S. 525) nebst den dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen kann die Bundesregierung oder der Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung vorschreiben, daß

1. Getreide, das für die Zwecke der menschlichen Ernährung nicht geeignet oder nur für technische Zwecke bestimmt ist,
 2. Futtermittel
- für bestimmte Zwecke nicht verwendet werden dürfen.

§ 10

Befugnisse der Länder

Die Bundesregierung oder der Bundesminister — im Falle des § 9 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft — kann durch Rechtsverordnung die Obersten Landesbehörden ermächtigen, Rechtsverordnungen nach den §§ 8 und 9 zu erlassen.

§ 11

Auskunftspflicht

Machen die Bundesregierung, der Bundesminister oder die Obersten Landesbehörden von den Er-

mächtigungen der §§ 8 bis 10 Gebrauch, so findet die Vorschrift des § 18 des Gesetzes über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln vom 4. November 1950 (Bundesgesetzbl. S. 721) Anwendung.

§ 12

Frühdruschprämie

(1) Zur Beschleunigung der Ablieferung wird dem Erzeuger für Brotgetreide, das er vom 1. August bis einschließlich 15. November 1951 an die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel oder an von ihr bestimmte Betriebe oder Stellen liefert, von diesen zu den Preisen des § 2 Abs. 1 ein Zuschlag je tausend Kilogramm in folgender Höhe gezahlt:

für Lieferungen
in den Monaten

	Roggen	Weizen
	DM	DM
August 1951	30	20
September 1951	25	18
Oktober bis einschl. 15. November 1951	20	16.

(2) Für die Ablieferung von Saatgut für Brotgetreide in der Zeit vom 1. August bis einschließlich 15. November 1951 wird dem Vermehrer ein Zuschlag nach Maßgabe des Absatzes 1 zu den Preisen des § 6 Abs. 1 und 2 gezahlt.

(3) Das Nähere regelt der Bundesminister.

Abschnitt III

Straf- und Schlußbestimmungen

§ 13

Strafbestimmungen

(1) Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1 bis 7 und 12 oder gegen die zu ihrer Durchführung erlassenen Bestimmungen, sofern diese ausdrücklich auf die Strafbestimmungen dieses Gesetzes verweisen, werden nach den Vorschriften des Gesetzes zur Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz) vom 26. Juli 1949 (WiGBl. S. 193) in der Fassung des Gesetzes vom 30. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 223) geahndet. Verwaltungsbehörden im Sinne des Wirtschaftsstrafgesetzes für die Verfolgung solcher Zuwiderhandlungen sind die nach Landesrecht zuständigen Obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen.

(2) Wer vorsätzlich oder fahrlässig Auskünfte, zu denen er nach §§ 8 bis 11 in Verbindung mit § 18 des Gesetzes über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln vom 4. November 1950 (Bundesgesetzbl. S. 721) verpflichtet ist, ganz oder teilweise verweigert oder nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, begeht eine Zuwiderhandlung im Sinne des Zweiten Abschnittes des Ersten Buches (§§ 6 bis 21) des Wirtschaftsstrafgesetzes.

(3) Soweit die Bundesregierung oder der Bundesminister Vorschriften erläßt, die auf den §§ 8 bis 10 beruhen und die Ahndung auf Zuwiderhandlungen nach § 17 des Wirtschaftsstrafgesetzes vorsehen, kann in diesen Vorschriften zugleich die zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des Wirtschaftsstrafgesetzes bestimmt werden.

§ 14

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt hinsichtlich des § 13 am Tage nach seiner Verkündung, hinsichtlich der übrigen Bestimmungen am 22. Juli 1951 in Kraft. Es tritt am 30. Juni 1952 außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.
Bonn, den 21. Juli 1951.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Dr. Niklas

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Anlage
(zu § 2 Absatz 4)

Roggen- und Weizenpreisgebiete für Inlandsgetreide nach Verwaltungsbezirken

Land Schleswig-Holstein		Münden-Hannover	RI WI
Stadtkreise		Northeim	RII WI
Flensburg	RII WII	Osterode/Harz	RII WI
Kiel	RII WIII	Peine	RII WI
Lübeck	RII WIII	Zellerfeld	RII WI
Neumünster	RII WII	Reg.-Bezirk Lüneburg	
Landkreise		Stadtkreise	
Eckernförde	RII WII	Celle	RI WII
Eiderstedt	RII WII	Lüneburg	RII WII
Eutin	RII WII	Landkreise	
Flensburg	RII WII	Burgdorf	RI WI
Herzogtum Lauenburg	RII WII	Celle/Land	RI WII
Husum	RII WII	Dannenberg	RI WII
Norderdithmarschen	RII WII	Fallingbostel	RI WIII
Oldenburg	RII WII	Gifhorn	RI WII
Pinneberg	RII WII	Harburg	RII WII
Plön	RII WII	Lüneburg/Land	RII WII
Rendsburg	RII WII	Soltau	RI WII
Schleswig	RII WII	Uelzen	RI WII
Segeberg	RII WII	Reg.-Bezirk Stade	
Steinburg	RII WII	Stadtkreise	
Stormarn	RII WII	Cuxhaven	RII WII
Süderdithmarschen	RII WII	Landkreise	
Südtondern	RII WII	Bremervörde	RII WIII
Land Hamburg	R III W III	Land Hadeln	RII WII
Land Niedersachsen		Osterholz	RII WIII
Reg.-Bezirk Hannover		Rotenburg/Hann.	RII WIII
Stadtkreise		Stade/Hann.	RII WII
Hamel	RII WI	Verden	RII WIII
Hannover	RII WI	Wesermünde	RII WII
Landkreise		Reg.-Bezirk Osnabrück	
Grafschaft Diepholz	RI WIII	Stadtkreise	
Grafschaft Hoya	RI WIII	Osnabrück	RII WII
Grafschaft Schaumburg	RII WI	Landkreise	
Hamel, Pyrmont	RII WI	Aschendorf/Hümmling	RII WIII
Hannover/Land	RII WI	Bersenbrück	RII WIII
Neustadt a. Rbge.	RI WI	Grafschaft Bentheim	RII WIII
Nienburg/Weser	RI WIII	Lingen	RII WIII
Springe	RII WI	Melle	RII WII
Schaumburg-Lippe	RII WI	Meppen	RII WIII
Reg.-Bezirk Hildesheim		Osnabrück/Land	RII WII
Stadtkreise		Wittlage	RII WII
Göttingen	RI WI	Reg.-Bezirk Aurich	
Hildesheim	RII WI	Stadtkreise	
Landkreise		Emden	RII WII
Alfeld	RII WI	Landkreise	
Duderstadt	RI WI	Aurich	RII WII
Einbeck	RII WI	Leer	RII WII
Göttingen	RI WI	Norden	RII WII
Hildesheim-Marienburg	RII WI	Wittmund	RII WII
Holzminden	RII WI		

Verw.-Bezirk Braunschweig

Stadtkreise	
Braunschweig	R II WI
Goslar	R II WI
Watenstedt-Salzgitter	R II WI
Landkreise	
Braunschweig	R II WI
Gandersheim	R II WI
Goslar	R II WI
Helmstedt	R I WI
Wolfenbüttel	R II WI
Blankenburg (Restkreis)	R II WI

Verw.-Bezirk Oldenburg

Stadtkreise	
Delmenhorst	R II W III
Oldenburg i. O.	R II W III
Wilhelmshaven	R II W II
Landkreise	
Amerland	R II W II
Cloppenburg	R II W III
Friesland	R II W II
Oldenburg	R II W III
Vechta	R II W III
Wesermarsch	R II W II

Land Nordrhein-Westfalen

Reg.-Bezirk Düsseldorf

Stadtkreise	
Düsseldorf	R IV W IV
Duisburg	R IV W IV
Essen	R IV W IV
Krefeld	R IV W IV
Mülheim/Ruhr	R IV W IV
München-Gladbach	R IV W IV
Neuß	R IV W IV
Oberhausen	R IV W IV
Remscheid	R IV W IV
Rheydt	R IV W IV
Solingen	R IV W IV
Viersen	R IV W IV
Wuppertal	R IV W IV
Landkreise	
Dinslaken	R IV W IV
Düsseldorf-Mettmann	R IV W IV
Geldern	R IV W IV
Grevenbroich	R IV W IV
Kempen-Krefeld	R IV W IV
Kleve	R IV W IV
Moers	R IV W IV
Rees	R IV W IV
Rhein-Wupper-Kreis	R IV W IV

Reg.-Bezirk Köln

Stadtkreise	
Bonn	R IV W IV
Köln	R IV W IV
Landkreise	
Bergheim/Erft	R IV W IV
Bonn	R IV W IV
Euskirchen	R IV W IV
Köln	R IV W IV
Oberbergischer Kreis	R IV W IV
Rheinisch-Bergischer Kreis	R IV W IV
Siegbkreis	R IV W IV

Reg.-Bezirk Aachen

Stadtkreise	
Aachen	R II W IV
Landkreise	
Aachen	R II W IV
Düren	R II W IV
Erkelenz	R II W IV
Geilenkirchen-Heinsberg	R II W IV
Jülich	R II W IV
Monschau	R II W IV
Schleiden	R II W IV

Reg.-Bezirk Münster

Stadtkreise	
Bocholt	R II W IV
Bottrop	R IV W IV
Gelsenkirchen	R IV W IV
Gladbeck	R IV W IV
Münster	R II W IV
Recklinghausen	R IV W IV
Landkreise	
Ahaus	R II W IV
Beckum	R II W II
Borken	R II W IV
Coesfeld	R II W IV
Lüdinghausen	R II W IV
Münster	R II W IV
Recklinghausen	R IV W IV
Steinfurt	R IV W IV
Tecklenburg	R II W IV
Warendorf	R II W II

Reg.-Bezirk Detmold

Stadtkreise	
Bielefeld	R II W II
Herford	R II W II
Landkreise	
Bielefeld	R II W II
Büren	R I WI

Detmold	R II W I	Darmstadt	R IV W IV
Halle	R II W II	Dieburg	R IV W IV
Herford	R II W II	Erbach	R IV W IV
Höxter	R I W I	Friedberg	R II W II
Lemgo	R II W I	Gießen	R II W II
Lübbecke	R II W II	Groß-Gerau	R IV W IV
Minden	R II W I	Lauterbach	R I W II
Paderborn	R I W I	Offenbach	R IV W IV
Warburg	R I W I		
Wiedenbrück	R I W I		
Reg.-Bezirk Arnsberg		Reg.-Bezirk Kassel	
Stadtkreise		Stadtkreise	
Bochum	R IV W IV	Fulda	R I W II
Castrop-Rauxel	R IV W IV	Kassel	R I W I
Dortmund	R IV W IV	Marburg	R I W II
Hagen	R IV W IV		
Hamm	R II W II	Landkreise	
Herne	R IV W IV	Eschwege	R I W I
Iserlohn	R II W II	Frankenberg	R I W I
Lüdenscheid	R II W II	Fritzlar-Homberg	R I W I
Lünen	R IV W IV	Fulda	R I W II
Siegen	R IV W II	Hersfeld	R I W II
Wanne-Eickel	R IV W IV	Hofgeismar	R I W I
Wattenscheid	R IV W IV	Hünfeld	R I W II
Witten	R IV W IV	Kassel	R I W I
Landkreise		Marburg	R I W II
Altena	R II W II	Melsungen	R I W I
Arnsberg	R II W II	Rotenburg	R I W I
Brilon	R I W I	Waldeck	R I W I
Ennepe-Ruhr-Kreis	R IV W IV	Witzenhausen	R I W I
Iserlohn	R II W II	Wolfhagen	R I W I
Lippstadt	R I W I	Ziegenhain	R I W II
Meschede	R I W I		
Olpe	R II W II	Reg.-Bezirk Wiesbaden	
Siegen	R IV W II	Stadtkreise	
Soest	R II W II	Frankfurt/Main	R IV W IV
Unna	R II W II	Hanau	R IV W IV
Wittgenstein	R II W I	Wiesbaden	R IV W IV
Land Bremen		Landkreise	
Stadtkreise		Biedenkopf	R II W II
Bremen	R III W III	Dillkreis	R II W III
Bremerhaven	R II W II	Gelnhausen	R II W IV
Land Hessen		Hanau	R IV W IV
Reg.-Bezirk Darmstadt		Limburg	R II W II
Stadtkreise		Main-Taunus-Kreis	R IV W IV
Darmstadt	R IV W IV	Oberlahnkreis	R II W II
Gießen	R II W II	Obertaunuskreis	R IV W IV
Offenbach	R IV W IV	Rheingaukreis	R IV W IV
Landkreise		Schlüchtern	R II W IV
Alsfeld	R I W II	Untertaunuskreis	R IV W IV
Bergstraße	R IV W IV	Usingen	R II W II
Büdingen	R II W II	Wetzlar	R II W II
		Land Württemberg-Baden	
		Landesbezirk Württemberg	
		Stadtkreise	
		Stuttgart	R IV W IV
		Heilbronn	R IV W IV

Ulm	R IV W IV	Bad Tölz	R IV W IV
Landkreise		Berchtesgaden	R IV W IV
Aalen	R IV W IV	Dachau	R IV W IV
Backnang	R IV W IV	Ebersberg	R II W IV
Böblingen	R IV W IV	Erding	R II W III
Crailsheim	R IV W IV	Freising	R II W III
Eßlingen	R IV W IV	Fürstenfeldbruck	R IV W IV
Göppingen	R IV W IV	Garmisch-Partenkirchen	R IV W IV
Heidenheim	R IV W IV	Ingolstadt	R II W III
Heilbronn	R IV W IV	Landsberg	R IV W IV
Künzelsau	R IV W IV	Laufen	R IV W IV
Leonberg	R IV W IV	Miesbach	R IV W IV
Ludwigsburg	R IV W IV	Mühldorf	R II W III
Mergentheim	R IV W IV	München	R IV W IV
Nürtingen	R IV W IV	Pfaffenhofen a. d. Ilm	R II W III
Ohringen	R IV W IV	Rosenheim	R IV W IV
Schwäbisch Gmünd	R IV W IV	Schongau	R IV W IV
Schwäbisch Hall	R IV W IV	Schrobenhausen	R II W III
Ulm	R IV W IV	Starnberg	R IV W IV
Vaihingen	R IV W IV	Traunstein	R IV W IV
Waiblingen	R IV W IV	Wasserburg a. Inn	R II W III
		Weilheim	R IV W IV
		Wolfratshausen	R IV W IV
Landesbezirk Baden			
Stadtkreise		Reg.-Bezirk Niederbayern	
Karlsruhe	R IV W IV	Stadtkreise	
Heidelberg	R IV W IV	Deggendorf	R I W III
Mannheim	R IV W IV	Landshut	R II W III
Pforzheim	R IV W IV	Passau	R I W III
Landkreise		Straubing	R I W III
Bruchsal	R IV W IV	Landkreise	
Buchen	R IV W IV	Bogen	R I W III
Heidelberg	R IV W IV	Deggendorf	R I W III
Karlsruhe	R IV W IV	Dingolfing	R II W III
Mannheim	R IV W IV	Eggenfelden	R I W III
Mosbach	R IV W IV	Grafenau	R I W III
Pforzheim	R IV W IV	Griesbach	R I W III
Sinsheim	R IV W IV	Kelheim	R II W III
Tauberbischofsheim	R IV W IV	Kötzting	R I W III
Land Bayern		Landau a. d. Isar	R I W III
Reg.-Bezirk Oberbayern		Landshut	R II W III
Stadtkreise		Mainburg	R II W III
Bad Reichenhall	R IV W IV	Mallersdorf	R II W III
Freising	R II W III	Passau	R I W III
Ingolstadt	R II W III	Pfarrkirchen	R I W III
Landsberg	R IV W IV	Regen	R I W III
München	R IV W IV	Rottenburg	R II W III
Rosenheim	R IV W IV	Straubing	R I W III
Traunstein	R IV W IV	Viechtach	R I W III
Landkreise		Vilsbiburg	R II W III
Aichach	R IV W III	Vilshofen	R I W III
Altötting	R II W III	Wegscheid	R I W III
Bad Aibling	R IV W IV	Wolfstein	R I W III

Reg.-Bezirk Oberpfalz

Stadtkreise

Amberg	RI W IV
Neumarkt i. d. Opf.	RI W III
Regensburg	RI W III
Schwandorf i. Bayern	RI W III
Weiden	RI W IV

Landkreise

Amberg	RI W IV
Beilngries	RI W III
Burglengenfeld	RI W III
Cham	RI W III
Eschenbach i. d. Opf.	RI W IV
Kemnath	RI W IV
Nabburg	RI W IV
Neumarkt i. d. Opf.	RI W III
Neunburg vorm Wald	RI W III
Neustadt a. d. Waldnaab	RI W IV
Oberviechtach	RI W IV
Parsberg	RI W III
Regensburg	RI W III
Riedenburg	RI W III
Roding	RI W III
Sulzbach-Rosenberg	RI W IV
Tirschenreuth	RI W IV
Vohenstrauß	RI W IV
Waldmünchen	RI W III

Reg.-Bezirk Oberfranken

Stadtkreise

Bamberg	RII W IV
Bayreuth	RI W IV
Coburg	RI W IV
Forchheim	RII W IV
Hof	RI W IV
Kulmbach	RI W IV
Marktredwitz	RI W IV
Neustadt b. Coburg	RI W IV
Selb	RI W IV

Landkreise

Bamberg	RII W IV
Bayreuth	RI W IV
Coburg	RI W IV
Ebermannstadt	RII W IV
Forchheim	RII W IV
Höchstädt a. d. Aisch	RII W IV
Hof	RI W IV
Kronach	RI W IV
Kulmbach	RI W IV
Lichtenfels	RI W IV
Münchberg	RI W IV
Naila	RI W IV
Pegnitz	RI W IV
Rehau	RI W IV

Stadtsteinach

RI W IV

Staffelstein

RI W IV

Wunsiedel

RI W IV

Reg.-Bezirk Mittelfranken

Stadtkreise

Ansbach	RII W IV
Eichstätt	RI W IV
Erlangen	RII W IV
Fürth	RII W IV
Nürnberg	RII W IV
Rothenburg o. d. T.	RII W IV
Schwabach	RI W IV
Weißenburg i. Bayern	RI W IV

Landkreise

Ansbach	RII W IV
Dinkelsbühl	RII W IV
Eichstätt	RI W IV
Erlangen	RII W IV
Feuchtwangen	RII W IV
Fürth	RII W IV
Gunzenhausen	RII W IV
Hersbruck	RII W IV
Hilpoltstein	RI W IV
Lauf (Pegnitz)	RII W IV
Neustadt a. d. Aisch	RII W IV
Nürnberg	RII W IV
Rothenburg o. d. T.	RII W IV
Scheinfeld	RII W IV
Schwabach	RI W IV
Uffenheim	RII W IV
Weißenburg i. Bayern	RI W IV

Reg.-Bezirk Unterfranken

Stadtkreise

Aschaffenburg	RII W IV
Bad Kissingen	RI W IV
Kitzingen	RII W IV
Schweinfurt	RII W IV
Würzburg	RII W IV

Landkreise

Alzenau i. Unterfr.	RII W IV
Aschaffenburg	RII W IV
Bad Kissingen	RI W IV
Bad Neustadt a. d. Saale	RI W IV
Brückenau	RI W IV
Ebern	RI W IV
Gemünden	RII W IV
Gerolzhofen	RII W IV
Hammelburg	RII W IV
Haßfurt	RII W IV
Hofheim i. Unterfr.	RI W IV

Karlstadt	R II W IV	Mayen	R II W III
Kitzingen	R II W IV	Neuwied	R II W III
Königshofen i. Grabfeld	R I W IV	St. Goar	R II W III
Lohr	R II W IV	Simmern	R II W III
Marktheidenfeld	R II W IV	Zell	R II W III
Mellrichstadt	R I W IV		
Miltenberg	R II W IV	Reg.-Bezirk Trier	
Obernburg	R II W IV	Stadtkreise	
Ochsenfurt	R II W IV	Trier	R IV W IV
Schweinfurt	R II W IV	Landkreise	
Würzburg	R II W IV	Bernkastel	R II W III
		Bitburg	R II W III
Reg.-Bezirk Schwaben		Daun	R II W III
Stadtkreise		Prüm	R II W III
Augsburg	R IV W IV	Saarburg	R IV W IV
Dillingen a. d. Donau	R IV W III	Trier	R IV W IV
Günzburg	R IV W IV	Wittlich	R II W III
Kaufbeuren	R IV W IV		
Kempton/Allgäu	R IV W IV	Reg.-Bezirk Montabaur	
Memmingen	R IV W IV	Landkreise	
Neuburg a. d. Donau	R II W III	Oberwesterwaldkreis	R II W III
Neu-Ulm	R IV W IV	St. Goarshausen	R II W III
Nördlingen	R II W III	Unterlahnkreis	R II W III
Landkreise		Unterwesterwaldkreis	R II W III
Augsburg	R IV W IV		
Dillingen a. d. Donau	R IV W III	Reg.-Bezirk Rheinhessen	
Donauwörth	R II W III	Stadtkreise	
Friedberg	R IV W IV	Mainz	R IV W IV
Füssen	R IV W IV	Worms	R IV W IV
Günzburg	R IV W IV	Landkreise	
Illertissen	R IV W IV	Alzey	R IV W IV
Kaufbeuren	R IV W IV	Bingen	R IV W IV
Kempton (Allgäu)	R IV W IV	Mainz	R IV W IV
Krumbach (Schwaben)	R IV W IV	Worms	R IV W IV
Markt Oberdorf	R IV W IV		
Memmingen	R IV W IV	Reg.-Bezirk Pfalz	
Mindelheim	R IV W IV	Stadtkreise	
Neuburg a. d. Donau	R II W III	Frankenthal	R IV W IV
Neu-Ulm	R IV W IV	Kaiserslautern	R IV W IV
Nördlingen	R II W III	Landau	R IV W IV
Schwabmünchen	R IV W IV	Ludwigshafen	R IV W IV
Sonthofen	R IV W IV	Neustadt	R IV W IV
Wertingen	R IV W III	Pirmasens	R IV W IV
		Speyer	R IV W IV
Land Rheinland-Pfalz		Zweibrücken	R IV W IV
Reg.-Bezirk Koblenz		Landkreise	
Stadtkreise		Bergzabern	R IV W IV
Koblenz	R II W III	Frankenthal	R IV W IV
Landkreise		Germersheim	R IV W IV
Ahrweiler	R II W III	Kaiserslautern	R IV W IV
Altenkirchen	R IV W IV	Kirchheimbolanden	R IV W IV
Birkenfeld	R IV W IV	Kusel	R IV W IV
Cochem	R II W III	Landau	R IV W IV
Koblenz	R II W III		
Kreuznach	R IV W IV		

Ludwigshafen	R IV W IV	Offenburg	R IV W IV
Neustadt	R IV W IV	Wolfach	R IV W IV
Pirmasens	R IV W IV	Bühl	R IV W IV
Rockenhausen	R IV W IV	Rastatt	R IV W IV
Speyer	R IV W IV		
Zweibrücken	R IV W IV		
Land Baden		Land Württemberg-Hohenzollern	
		und Kreis Lindau	
Stadtkreise		Landkreise	
Konstanz	R IV W IV	Balingen	R IV W IV
Freiburg	R IV W IV	Biberach	R IV W IV
Baden-Baden	R IV W IV	Calw	R IV W IV
Landkreise		Ehingen	R IV W IV
Donaueschingen	R IV W IV	Freudenstadt	R IV W IV
Konstanz	R IV W IV	Hechingen	R IV W IV
Säckingen	R IV W IV	Horb	R IV W IV
Stockach	R IV W IV	Münsingen	R IV W IV
Überlingen	R IV W IV	Ravensburg	R IV W IV
Villingen	R IV W IV	Reutlingen	R IV W IV
Waldshut	R IV W IV	Rottweil	R IV W IV
Emmendingen	R IV W IV	Saulgau	R IV W IV
Freiburg	R IV W IV	Sigmaringen	R IV W IV
Kehl	R IV W IV	Tettnang	R IV W IV
Lahr	R IV W IV	Tübingen	R IV W IV
Lörrach	R IV W IV	Tuttlingen	R IV W IV
Müllheim	R IV W IV	Wangen	R IV W IV
Neustadt	R IV W IV	Lindau	R IV W IV
		Westberlin	R II W II

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Groß-Berlin (West).

Vom 21. Juli 1951.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Das Gesetz zur Förderung der Wirtschaft von Groß-Berlin (West) vom 7. März 1950 (Bundesgesetzbl. S. 41) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift zum Gesetz, in der Überschrift zu Artikel I, in § 1, in § 3 Abs. 1, 2 und 3 und in § 4 Abs. 1 wird in der Wortzusammenfassung „Groß-Berlin (West)“ das Wort „Groß-“ gestrichen.
2. In § 3 Abs. 1, 2 und 3 wird die Zahl „drei“ durch die Zahl „vier“ ersetzt.
3. In § 3 Abs. 1 und 3 wird jeweils der Satzteil „und das Entgelt in Groß-Berlin (West) gezahlt worden ist“ und in Absatz 2 jeweils der Satzteil „und das Entgelt dafür in Groß-Berlin (West) gezahlt worden ist“ gestrichen. Dabei wird
 - a) in Absatz 1 hinter den Worten „hergestellt worden sind“ statt des Kommas das Wort „und“ eingefügt;
 - b) in Absatz 2 das Wort „Voraussetzungen“ durch „Voraussetzung“ und das Wort „müssen“ durch „muß“ ersetzt;
 - c) in Absatz 3 hinter den Worten „verarbeitet worden sind“ statt des Kommas das Wort „und“ eingefügt.
4. In § 4 wird die Behördenbezeichnung „Magistrat von Groß-Berlin (West) — Abteilung Wirtschaft —“ durch die Bezeichnung „Senat von Berlin — Der Senator für Wirtschaft und Ernährung —“ ersetzt.
5. In § 7 Abs. 2 wird die Jahreszahl „1952“ durch die Jahreszahl „1953“ ersetzt.

§ 2

Die Vorschriften dieses Gesetzes sind auf Entgelte anzuwenden, die vom Beginn des Monats, in dem dieses Gesetz in Kraft getreten ist, gezahlt werden.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 21. Juli 1951.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Verordnung
über den Warenverkehr mit den Währungs-
gebieten der Deutschen Mark der Deutschen
Notenbank (DM-Ost)
— Interzonenhandelsverordnung —

Vom 18. Juli 1951.

Auf Grund des Artikels II Abs. 1 der Ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz Nr. 53 (Neufassung) der amerikanischen und der britischen Militärregierung vom 18. September 1949 (Bundesanzeiger Nr. 2 vom 27. September 1949) und der Verfügung Nr. 140 des französischen Hohen Kommissars vom 18. September 1949 (Journal Officiel 1949 S. 2165) über Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Erteilung der Genehmigung

(1) Die nach Artikel I Abs. 2 des Gesetzes Nr. 53 (Neufassung) der amerikanischen und der britischen Militärregierung vom 18. September 1949 (Bundesanzeiger Nr. 2 vom 27. September 1949) und der Verordnung Nr. 235 des französischen Hohen Kommissars vom 18. September 1949 (Journal Officiel 1949 S. 2155) erforderliche Genehmigung wird

1. zum Verbringen von Waren aus den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) in das Bundesgebiet durch Ausstellung einer Bezugsgenehmigung,
2. zum Verbringen von Waren aus dem Bundesgebiet in die Währungsgebiete der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) durch Ausstellung eines Warenbegleitscheines

erteilt.

(2) Waren im Sinne dieser Verordnung sind alle beweglichen Sachen, mit Ausnahme von Zahlungsmitteln und Wertpapieren, sowie elektrischer Strom.

(3) Mit der Bezugsgenehmigung oder dem Warenbegleitschein kann auch die Genehmigung für die Nebenleistungen des Warenverkehrs erteilt werden, deren Betrag in der Rechnung für die zu verbringenden Waren enthalten ist.

(4) Die Genehmigung kann beschränkt, bedingt, befristet oder unter Auflagen erteilt werden.

(5) Für fremde Rechnung dürfen Waren in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet nur von einem Beauftragten oder Vertretungsberechtigten auf Grund einer Genehmigung verbracht werden, die dem Auftraggeber oder dem Vertretenen zum Verbringen für eigene Rechnung erteilt worden ist.

(6) Für das Verbringen von belichteten Filmen oder belichteten Platten in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet gelten die in dieser Verordnung oder auf Grund dieser Verordnung zugelassenen Ausnahmen von der Genehmigungspflicht nicht.

§ 2

Stellung des Antrages

(1) Der Antrag auf Erteilung einer Bezugsgenehmigung oder eines Warenbegleitscheines ist bei der nach § 7 Abs. 2 Nr. 2 bestimmter Landesbehörde zu stellen, die für den Sitz, den Ort der Hauptniederlassung, den Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes für den gewöhnlichen Aufenthalt des Antragstellers zuständig ist.

(2) Der Antrag kann nicht durch einen Bevollmächtigten, mit Ausnahme eines Prokuristen, gestellt werden.

(3) Der Antragsteller hat im Antrag zu erklären, daß er die Waren für eigene Rechnung in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet verbringt oder verbringen läßt.

(4) Unter der Firma einer im Handelsregister eingetragenen Zweigniederlassung dürfen Bezugsgenehmigungen oder Warenbegleitscheine bei der für die Zweigniederlassung zuständigen Landesbehörde nur beantragt werden, wenn in der gleichen Angelegenheit kein Antrag unter der Firma der Hauptniederlassung oder einer anderen Zweigniederlassung gestellt ist.

§ 3

Form des Antrages und der Genehmigung

Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, Vorschriften über

1. die Form des Antrages,
2. die vom Antragsteller abzugebenden Erklärungen,
3. die dem Antrag beizufügenden Unterlagen,
4. die Form der Bezugsgenehmigung und des Warenbegleitscheines, die Zahl und Verwendung der Blätter

zu erlassen.

§ 4

Bedingungen für die Genehmigung

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, wenn er es zur Wahrung der Interessen der Gesamtwirtschaft des Bundesgebietes für erforderlich hält, befristete Vorschriften darüber zu erlassen, unter welchen Voraussetzungen eine Bezugsgenehmigung oder ein Warenbegleitschein zu erteilen ist. Er kann insbesondere bestimmen,

1. für welche Handelswaren und welchen Personen eine Bezugsgenehmigung oder ein Warenbegleitschein zum Verbringen in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu erteilen ist;
2. welche Bestimmungen hinsichtlich der Gestaltung der Preise oder der Geschäftsbedingungen die Verträge, auf Grund deren Handelswaren in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet verbracht werden sollen, enthalten müssen;
3. welche Beförderungsmittel zum Verbringen von Handelswaren in das Bundesge-

biet oder aus dem Bundesgebiet verwendet werden müssen;

4. daß Verträge der Genehmigung bedürfen, auf Grund deren Waren nach Bearbeitung oder Verarbeitung durch einen Dritten innerhalb des Bundesgebietes nach den Währungsgebieten der DM-Ost oder nach Bearbeitung oder Verarbeitung durch einen Dritten innerhalb der Währungsgebiete der DM-Ost in das Bundesgebiet verbracht werden sollen.

(2) Handelswaren im Sinne dieser Verordnung sind Waren, die nach ihrer Art zur gewerblichen Verwertung geeignet sind, es sei denn, daß wegen ihrer geringen Menge oder ihres geringen Wertes nicht anzunehmen ist, daß sie zur Veräußerung gegen Entgelt oder zur gewerblichen Verwertung bestimmt sind.

§ 5

Geltung, Aufbewahrung und Rückgabe der Genehmigung

Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, Vorschriften über

1. die Geltungsdauer der Bezugsgenehmigung und des Warenbegleitscheines,
2. die Aufbewahrung der Bezugsgenehmigung und des Warenbegleitscheines,
3. die Rückgabe der Bezugsgenehmigungen und der Warenbegleitscheine, die nicht, nicht vollständig oder nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist verwendet werden, zu erlassen.

§ 6

Ausnutzung der Genehmigung

(1) Auf Grund der Bezugsgenehmigung dürfen nur die in der Bezugsgenehmigung angegebenen Waren

1. bis zur genehmigten Menge und
2. bis zum genehmigten Betrag und
3. zu dem Preis, der sich aus dem Verhältnis der genehmigten Menge zu dem genehmigten Betrag ergibt, und
4. von den und an die Personen, die in der Bezugsgenehmigung bezeichnet sind, oder für Rechnung dieser Personen

in das Bundesgebiet verbracht werden.

(2) Auf Grund des Warenbegleitscheines dürfen nur die im Warenbegleitschein angegebenen Waren

1. bis zur genehmigten Menge und
2. bis zum genehmigten Betrag und
3. zu dem Preis, der sich aus dem Verhältnis der genehmigten Menge zu dem genehmigten Betrag ergibt, und

4. von den und an die Personen, die im Warenbegleitschein bezeichnet sind, oder für Rechnung dieser Personen aus dem Bundesgebiet verbracht werden.

§ 7

Zuständigkeit

(1) Die Bezugsgenehmigung und der Warenbegleitschein werden durch den Bundesminister für Wirtschaft erteilt.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft kann

1. die Ausführung dieser Verordnung und der auf Grund dieser Verordnung von ihm erlassenen Vorschriften nachgeordneten Behörden,
2. die Erteilung der Bezugsgenehmigung und des Warenbegleitscheines den für die Wirtschaft oder für die Ernährung zuständigen Obersten Landesbehörden oder Landesbehörden, die für das gesamte Gebiet eines Landes zuständig sind,

übertragen.

§ 8

Übergangsstellen

Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, allgemein oder für den Einzelfall die Übergangsstellen zu bestimmen, über die Waren in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet verbracht werden dürfen.

§ 9

Vorlage der Genehmigung

(1) Die Bezugsgenehmigung oder der Warenbegleitschein muß vor der Vorführung der Waren bei der Grenzkontrollstelle, Grenzzollstelle oder einer Zollstelle im Innern des Bundesgebietes erteilt sein.

(2) Die vom Bundesminister für Wirtschaft bestimmten Blätter der Bezugsgenehmigung oder des Warenbegleitscheines sind spätestens bei der Vorführung vorzulegen oder können vor der Vorführung bei den im Absatz 1 angegebenen Stellen hinterlegt werden.

§ 10

Zahlungen

(1) Zahlungen auf Grund der Bezugsgenehmigung oder des Warenbegleitscheines dürfen nur bis zum genehmigten Betrage geleistet oder angenommen werden.

(2) Zahlungen für in das Bundesgebiet verbrachte Waren dürfen nur an die hierfür zugelassenen Geldinstitute unter Aushändigung eines Blattes der Bezugsgenehmigung geleistet werden.

(3) Zahlungen für aus dem Bundesgebiet verbrachte Waren dürfen nur von den hierfür zugelassenen Geldinstituten gegen Aushändigung eines Blattes des Warenbegleitscheines geleistet werden.

(4) Im übrigen ist die Verfügung über Forderungen oder die Erfüllung von Verbindlichkeiten, die durch das Verbringen von Waren in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet entstehen, nur nach dem Verfahren und unter den Voraussetzungen zulässig, die der Bundesminister für Wirtschaft nach Anhören der Bank deutscher Länder vorschreibt.

(5) Der Bundesminister für Wirtschaft schreibt vor, welche Blätter der Bezugsgenehmigung oder des Warenbegleitscheines nach Absatz 2 oder 3 auszuhändigen sind und welche Geldinstitute im Sinne von Absatz 2 oder 3 zugelassen werden.

§ 11

Statistische Erfassung

Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung Vorschriften über die statistische Erfassung

1. der erteilten Bezugsgenehmigungen oder Warenbegleitscheine,
 2. der in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet verbrachten Waren,
 3. der dafür vereinbarten Preise,
 4. der Zahlungen und der Verfügungen über Forderungen oder der Erfüllung von Verbindlichkeiten,
 5. der Anträge, die die Erteilung einer Bezugsgenehmigung oder eines Warenbegleitscheines erforderlich machen können,
- zu erlassen.

§ 12

Sendungen durch die Post oder die Eisenbahn

(1) Für die nachstehend bezeichneten Sendungen durch die Post oder die Eisenbahn, soweit sie nicht Handelswaren enthalten, ist zum Verbringen in das Bundesgebiet eine Bezugsgenehmigung oder zum Verbringen aus dem Bundesgebiet ein Warenbegleitschein nicht erforderlich:

1. Briefe;
2. Päckchen;
3. gewöhnliche Pakete und Expreßgutsendungen bis 7 Kilogramm;
4. Wertpakete bis 7 Kilogramm mit einer Wertangabe bis zu 500 Deutsche Mark.

(2) Sendungen der im Absatz 1 Nr. 2 bis 4 bezeichneten Art, die aus dem Bundesgebiet verbracht werden sollen, bedürfen nur dann keines Warenbegleitscheines, wenn

1. bei Päckchen der Umhüllung,
2. bei Postpaketen der Paketkarte,

3. bei Expreßgutsendungen der Expreßgutsendungskarte ein Inhaltsverzeichnis nach näherer Bestimmung des Bundesministers für Wirtschaft angeheftet ist.

§ 13

Weitere Ausnahmen

Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, außer den in § 12 bestimmten Ausnahmen, weitere Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung allgemein oder für den Einzelfall zuzulassen.

§ 14

Strafbestimmungen

Die Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung und die auf Grund dieser Verordnung erlassenen Vorschriften richtet sich nach Artikel VIII des Gesetzes Nr. 53 (Neufassung) der amerikanischen und der britischen Militärregierung vom 18. September 1949 (Bundesanzeiger Nr. 2 vom 27. September 1949) und der Verordnung Nr. 235 des französischen Hohen Kommissars vom 18. September 1949 (Journal Officiel 1949 S. 2155) über Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs in Verbindung mit Artikel 5 des Gesetzes Nr. 33 der Alliierten Hohen Kommission vom 2. August 1950 über Devisenbewirtschaftung (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission S. 514).

§ 15

Schlußbestimmungen

Von den Bestimmungen dieser Verordnung bleiben unberührt:

1. die Verordnung über die Überwachung des Verkehrs mit Vermögenswerten zwischen dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands sowie dem Ostsektor von Berlin (Interzonenüberwachungsverordnung) vom 9. Juli 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 439);
2. sonstige Vorschriften, die für das Verbringen von Waren in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet eine Genehmigung vorschreiben, insbesondere
 - a) die Verlautbarung des Bundesministers für Wirtschaft vom 31. August 1950 (Bundesanzeiger Nr. 173 vom 8. September 1950) über die besondere Genehmigung für das Verbringen bestimmter Waren in das Bundesgebiet und
 - b) die Verlautbarungen des Bundesministers für Wirtschaft vom 2. Mai 1950 (Bundesanzeiger Nr. 87 vom 6. Mai 1950), 24. Mai 1950 (Bundesanzeiger Nr. 102 vom 31. Mai 1950), 15. Juni 1950 (Bundesanzeiger Nr. 116 vom 21. Juni 1950), 9. August 1950 (Bundesanzeiger Nr. 173 vom 8. September 1950), 23. Oktober 1950 (Bundesanzeiger Nr. 217 vom 9. November 1950 — berichtigt: Bundesanzeiger Nr. 223 vom 17. November

1950), 14. Dezember 1950 (Bundesanzeiger Nr. 244 vom 19. Dezember 1950), 19. Januar 1951 (Bundesanzeiger Nr. 18 vom 26. Januar 1951), 1. März 1951 (Bundesanzeiger Nr. 49 vom 10. März 1951), 9. März 1951 (Bundesanzeiger Nr. 52 vom 15. März 1951), 14. März 1951 (Bundesanzeiger Nr. 54 vom 17. März 1951), 13. April 1951 (Bundesanzeiger Nr. 71 vom 13. April 1951), 6. Juni 1951 (Bundesanzeiger Nr. 106 vom 6. Juni 1951), 29. Juni 1951 (Bundesanzeiger Nr. 127 vom 5. Juli 1951) über die besondere Zustimmung für das Verbringen bestimmter Waren aus dem Bundesgebiet in den jeweils geltenden Fassungen.

§ 16

Geltung im Land Berlin

(1) Diese Verordnung, mit Ausnahme der Vorschrift des § 15, und die auf Grund dieser Verordnung erlassenen Vorschriften und Richtlinien gelten auch im Land Berlin, sobald der Senat von Berlin diese Verordnung auf Grund des Artikels 2 der Durchführungsbestimmung Nr. 1 zur Verordnung der Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors über Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs vom 15. Juli 1950 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin I S. 306) erlassen hat. In diesem Fall ist im Sinne dieser Verordnung unter „Bundesgebiet“ auch das Land Berlin (amerikanischer, britischer und französischer Sektor) zu verstehen.

(2) Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung und die auf Grund dieser Verordnung erlassenen Vorschriften werden im Land Berlin nach Artikel 8 der Verordnung der Kommandanten des amerikani-

schen, britischen und französischen Sektors über Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs vom 15. Juli 1950 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin I S. 304) in Verbindung mit Artikel 5 der Verordnung Nr. 503 der Kommandanten zur Ergänzung der Verordnung über Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs vom 19. Dezember 1950 (Verordnungsblatt für Berlin 1951 I S. 51) geahndet.

§ 17

Inkrafttreten; Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über den Warenverkehr mit den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) durch die Post oder die Eisenbahn vom 21. Dezember 1950 (Bundesanzeiger Nr. 251 vom 30. Dezember 1950) außer Kraft.

Bonn, den 18. Juli 1951.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Dr. Niklas